

EU-Kommission für flexibleren Klimaschutz

Energiekommissar Günther Oettinger will
Einsparziele an Konjunktur koppeln

Von Julian Stech

KÖNIGSWINTER/BRÜSSEL. Europas Energie- und Klimapolitik soll nach den Vorstellungen von EU-Energiekommissar Günther Oettinger flexibler werden. Statt starrer Einsparziele könnten Vorgaben künftig ans Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, sagte Oettinger am Samstag auf einer Veranstaltung der Stiftung Christlich-Soziale Politik in Königswinter.

„Ab 2020 sollten wir uns stärker an der Energieintensität ausrichten“, sagte Oettinger. Die Energieintensität ist eine Kennzahl, die den Energieeinsatz einer Volkswirtschaft in Bezug zum erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt setzt. Wächst die Wirtschaft stärker als der Energieeinsatz, ist das ein Zeichen dafür, dass energetisch effizienter produziert wird. In diesem Zusammenhang kündigte Oettinger auch eine Reform des Emissionshandels an.

Mit harten Worten ging der seit drei Jahren amtierende oberste europäische Energiepolitiker mit der Energiewende in Deutschland ins Gericht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien müsse dringend gebremst werden. „Der Schweinsgalopp für mehr Solar- und Windstrom ist Schwachsinn, solange der Strom nicht speicherbar ist und die Netze nicht stehen.

Wir zäumen das Pferd vom Schwanz auf.“ Die ausufernden Energiekosten in Deutschland stellten eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit dar. Der Gaspreis sei hierzulande inzwischen dreimal, der Strompreis doppelt so hoch wie in den USA. Neuen Fördermethoden wie dem Fracking könne man sich in Europa nicht einfach verschließen.

Oettinger zeigte sich aber zuversichtlich, dass Deutschland in der Frage der umstrittenen EEG-Umlage eine Lösung finden werde. Das Energierecht müsse dazu allerdings völlig neu definiert werden. Die EU wende sich nicht grundsätzlich gegen niedrigere Strompreise für energieintensive Unternehmen, es komme aber darauf an, wie diese zustande kämen. Oettinger deutete an, dass dazu etwa eine Steuerentlastung in Frage kommen könnte.

CSU-Chef Horst Seehofer fordert bei der Energiewende baldige Taten von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Der Bund solle so schnell wie möglich den Stichtag nennen, ab dem die geplanten niedrigeren Zuschüsse für Ökostrom gezahlt werden. „Ich gehe davon aus, dass wir am Montag im bayerischen Kabinett die Bundesregierung bitten werden, dass sie da möglichst bald Klarheit schafft“, sagte Seehofer.

Berichte Seite 6

„Das EEG gehört in die Mülltonne“

EU-Kommissar Günther Oettinger plädiert in Königswinter für eine pragmatischere Energiepolitik in Deutschland

Von Julian Stech

KÖNIGSWINTER. Auch Energiepolitik ist eine Frage der Perspektive. Aus Brüsseler Sicht führt der Weg, den Deutschland hier eingeschlagen hat, nicht unbedingt in die richtige Richtung. EU-Energiekommissar Günther Oettinger jedenfalls bemüht sich bei der Beurteilung nicht um allzu viel Diplomatie: „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz gehört in die Mülltonne.“

Für so klare Worte sind dem CDU-Politiker an diesem Samstag seine rund 200 Zuhörer in Königswinter dankbar. Für Oettinger ist es allerdings auch ein Heimspiel: Es sind Gäste der Stiftung Christlich-Soziale Politik, die der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), dem Sozialflügel der CDU, nahesteht. Und Oettinger, der gerade aus Konstanz kommt, weiß, dass er in Nordrhein-Westfalen spricht: „Wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, brauchen wir bezahlbaren Strom rund um die Uhr, und dazu brauchen wir die Kohle.“ Der Applaus ist ihm wieder sicher.

Vehement wirbt Oettinger für eine „pragmatischere“ Energiepolitik in Deutschland. Die Deutschen „träumen in einem Romantiktal“, statt sich der internationalen Herausforderungen bewusst

zu werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien müsse dringend gebremst und an die Netz- und Speicherkapazitäten angepasst werden. Die rasant steigenden Stromkosten seien eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort. In den europäischen Nachbarländern Frankreich, Belgien, Polen und Tschechien werde die Energiewende in Deutschland „mit Verwunderung“ verfolgt. Kopiert werde sie allerdings nicht.

Als Fehler bezeichnet Oettinger es, die deutschen Energiekonzerne kleinzureden. Im internationalen Wettbewerb seien sie durch die Folgen der Energiewende ohnehin kaum noch wettbewerbsfähig. „Es kann doch nicht sein, dass man bei Trikotsponsoring immer RWE und Eon anschreibt, sie ansonsten aber im Bundestag keine Landegenehmigung haben.“

Auch der Rückkauf der Stromnetze durch Kommunen, wie er in Deutschland in Mode komme, sei der falsche Weg, der geplante Er-

werb der Vattenfall-Netze durch die Stadt Hamburg ein „Unglück“: „Da wird man bald merken, dass sich nach dem Modell einer Friedhofsgärtnerei ein Stromnetz nicht betreiben lässt.“

Einen problematischen deutschen Sonderweg sieht Oettinger auch beim Atommüll. Es sei unklar, auf welchem Weg Deutschland einen Standort für die Endlagerung finden will. „Eine Standortsuche macht doch gar keinen Sinn, ehe nicht entschieden ist, ob in Salz oder in Gestein gelagert

werden soll.“ Wenn es Salz sein solle, komme nur Gorleben infrage. Oettinger plädiert allerdings mehr für eine Endlagerung in Gestein, wo der Müll zugänglich bleibe. Die Finnen, Schweden und Franzosen seien mit ihren Lagerplänen deutlich weiter.

Die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland in acht Jahren hält Oettinger – selbst ein Atomkraft-Anhänger – für machbar, ohne dass es zum befürchteten Blackout kommen müsse. Dazu sei es aber nötig, ge-

nügend konventionelle Kraftwerke in Reserve zu halten und die Betreiber auch für die reine Bereitstellung und nicht erst bei Stromlieferung zu bezahlen.

Oettinger rechtfertigte das Vorgehen der EU-Kommission gegen Deutschland wegen der Ausnahmegenehmigungen von der EEG-Umlage für energieintensive Betriebe. „Wir sind dagegen vorgegangen, weil es Beschwerden aus Deutschland gab von solchen Firmen, die keine Ausnahmegenehmigung hatten.“ Wenn der Ver-

dacht naheliege, dass es sich um wettbewerbsverzerrende Subventionen handele, müsse die EU ein Verfahren einleiten und könne nicht untätig bleiben.

Oettinger deutete außerdem an, dass eine Lösung gefunden werden könne, die mit dem EU-Wettbewerbsrecht kompatibel sei und auch den energieintensiven Unternehmen weiterhin günstige Strompreise ermögliche. „Mehr als die Hälfte des deutschen Strompreises machen doch Steuern und Abgaben aus.“



Brüsseler Perspektive in Königswinter: EU-Energiekommissar Günther Oettinger. FOTO: FRANK HOMANN

EU will ab 2020 offenbar Ausbaupflicht für Windräder und Solaranlagen komplett streichen

Die EU-Kommission ist kurz davor, in der Klimapolitik auf die Bremse zu treten. Nach einem Treffen von EU-Kommissaren in Brüssel gilt es als nahezu sicher, dass es für das Jahr 2030 keine Pflicht zum Ausbau von Windrädern und Solaranlagen geben soll. Eine Ausbaupflicht für Ökoenergien gibt es derzeit bis zum Jahr 2020. Am 22. Januar will die Kommission ihre Pläne für die Zeit danach vorstellen. Entschieden ist zwar noch nichts, allerdings stehen Klimakommissarin Connie

Hedegaard und Umweltkommissar Janez Potocnik in ihrem Werben für eine neue Pflicht zum Ökoenergie-Ausbau allein auf weiter Flur. Auch der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger unterstützt sie dem Vernehmen nach nicht.

Damit dürfte die Forderung der Bundesregierung nach einem verbindlichen Ökoenergie-Ausbauziel für 2030 von der Kommission nicht erfüllt werden. Erst kürzlich hatte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in einem

Brief an die EU-Behörde appelliert, ein neues Erneuerbaren-Ziel festzulegen. In dem Schreiben verzichtete Gabriel allerdings auf das Wort verbindlich. Daraufhin stellte eine deutsche Diplomatin noch kurz vor dem Kommissarstreffen in einer E-Mail an die Kommission klar, dass es Deutschland sehr wohl um ein Pflichtziel gehe.

Mit ihrem zaghaften Klimakurs liegt die EU-Kommission weit entfernt vom Europaparlament. Zwei Ausschüsse der Volksvertretung hatten sich erst am Donnerstag für

drei verbindliche Klimaziele für das Jahr 2030 ausgesprochen: 40 Prozent für die CO₂-Reduktion und die Verbesserung der Energieeffizienz sowie 30 Prozent für Erneuerbare. Vergleichsjahr ist 1990.

Viele EU-Staaten wollen beim Klimaschutz aber ähnlich wie die Kommission auf harte Pflichten verzichten, so etwa Großbritannien und Polen. Daher ist es fraglich, ob sich das Parlament in der Klimadebatte mit seinen ehrgeizigen Forderungen überhaupt durchsetzen kann. dpa

EU will flexibleren Klimaschutz

Oettinger: Einsparziele an Konjunktur koppeln

Von JULIAN STECH

KÖNIGSWINTER. Europas Energie- und Klimapolitik soll nach den Vorstellungen von EU-Energiekommissar Günther Oettinger flexibler werden. Statt starrer Einsparziele könnten Vorgaben künftig ans Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, sagte Oettinger auf einer Veranstaltung der Stiftung Christlich-Soziale Politik in Königswinter. „Ab 2020 sollten wir uns stärker an der Energieintensität ausrichten“, sagte er.

Die Energieintensität ist eine Kennzahl, die den Energieeinsatz einer Volkswirtschaft in Bezug zum erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt setzt. Wächst die Wirtschaft stärker als der Energieeinsatz, ist das ein Zeichen dafür, dass energetisch effizienter produziert wird. In diesem Zusammenhang kündig-

te Oettinger auch eine Reform des Emissionshandels an.

Mit harten Worten ging der EU-Kommissar mit der Energiewende in Deutschland ins Gericht. Der Ausbau der Erneuerbaren müsse dringend gebremst werden. „Der Schweinsgalopp für mehr Solar- und Windstrom ist Schwachsinn, solange der Strom nicht speicherbar ist und die Netze nicht stehen. Wir zäumen das Pferd vom Schwanz auf.“ Die ausufernden Energiekosten stellten eine Gefahr für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit dar. Der Gaspreis sei nun dreimal, der Strompreis doppelt so hoch wie in den USA. Neuen Fördermethoden wie dem Fracking könne man sich in Europa nicht verschließen. Oettinger zeigte sich aber zuversichtlich, dass Deutschland in der Frage der EEG-Umlage eine Lösung finde. **Wirtschaft S. 5**

„Das EEG gehört in die Mülltonne“

EU-Kommissar Günther Oettinger plädiert in Königswinter für eine pragmatische Energiepolitik

Von JULIAN STECH

KÖNIGSWINTER. Auch Energiepolitik ist eine Frage der Perspektive. Aus Brüsseler Sicht führt der Weg, den Deutschland hier eingeschlagen hat, nicht unbedingt in die richtige Richtung. EU-Energiekommissar Günther Oettinger jedenfalls bemüht sich bei der Beurteilung nicht um allzu viel Diplomatie: „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz gehört in die Mülltonne.“

Für so klare Worte sind dem CDU-Politiker an diesem Samstag seine rund 200 Zuhörer in Königswinter dankbar. Für Oettinger ist es allerdings auch ein Heimspiel: Es sind Gäste der Stiftung Christlich-Soziale Politik, die der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), dem Sozialflügel der CDU, nahesteht. Und Oettinger, der gerade aus Konstanz kommt, weiß, dass er in Nordrhein-Westfalen spricht: „Wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, brauchen wir bezahlbaren Strom rund um die Uhr, und dazu brauchen wir die Kohle.“ Der Applaus ist ihm wieder sicher.

Oettinger wirbt für eine „pragmatischere“ Energiepolitik in Deutschland. Die Deut-



Brüsseler Perspektive in Königswinter: EU-Energiekommissar Günther Oettinger. (Foto: Homann)

schen „träumen in einem Romantiktal“, statt sich der internationalen Herausforderungen bewusst zu werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien müsse dringend gebremst und an die Netz- und Speicherkapazitäten angepasst werden. Die rasant steigenden Stromkosten seien eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort. In Frankreich, Belgien, Polen und Tschechien werde die Energiewende in Deutschland „mit Verwunderung“ verfolgt. Ko-

piert werde sie allerdings nicht. Als Fehler bezeichnet Oettinger es, die deutschen Energiekonzerne kleinzureden. In internationalen Wettbewerb seien sie durch die Folgen der Energiewende ohnehin kaum noch wettbewerbsfähig. „Es kann doch nicht sein, dass man bei Trikotsponsoring immer RWE und Eon anschreibt, sie ansonsten aber im Bundestag keine Landegenehmigung haben.“ Auch der Rückkauf der Stromnetze durch Kom-

munen, wie er in Deutschland in Mode komme, sei der falsche Weg, der geplante Erwerb der Vattenfall-Netze durch die Stadt Hamburg ein „Unglück“: „Da wird man bald merken, dass sich nach dem Modell einer Friedhofsgärtnerei ein Stromnetz nicht betreiben lässt.“

Einen problematischen deutschen Sonderweg sieht Oettinger auch beim Atom- müll. Es sei unklar, auf welchem Weg Deutschland einen Standort für die Endlagerung

finden will. „Eine Standortsuche macht doch gar keinen Sinn, ehe nicht entschieden ist, ob in Salz oder in Gestein gelagert werden soll.“ Wenn es Salz sein solle, komme nur Gorleben infrage. Oettinger plädiert allerdings mehr für eine Endlagerung in Gestein, wo der Müll zugänglich bleibe. Die Finnen, Schweden und Franzosen seien mit ihren Lagerplänen deutlich weiter.

Die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland in acht Jahren hält Oettinger – selbst ein Atomkraft-Anhänger – für machbar, ohne dass es zum Blackout kommen müsse. Dazu sei es aber nötig, genügend konventionelle Kraftwerke in Reserve zu halten und die Betreiber auch für die reine Bereitstellung zu bezahlen.

Oettinger rechtfertigte das Vorgehen der EU-Kommission gegen Deutschland wegen der Ausnahme genehmigungen von der EEG-Umlage für energieintensive Betriebe. „Wir sind dagegen vorgegangen, weil es Beschwerden aus Deutschland gab von solchen Firmen, die keine Ausnahme genehmigung hatten.“ Wenn der Verdacht nahe liege, dass es sich um wettbewerbsverzerrende Subventionen

handele, müsse die EU ein Verfahren einleiten und könne nicht untätig bleiben.

Oettinger deutete an, dass eine Lösung gefunden werden könne, die mit dem EU-Wettbewerbsrecht kompatibel sei und auch den energieintensiven Unternehmen weiterhin günstige Strompreise ermögliche. „Mehr als die Hälfte des deutschen Strompreises machen doch Steuern und Abgaben aus.“

KLIMABREMSE

Nach einem Treffen von EU-Kommissaren gilt es als nahezu sicher, dass es **für das Jahr 2030 keine Pflicht zum Ausbau von Windrädern und Solaranlagen** geben soll. Eine Ausbaupflicht für Ökoenergien gibt es derzeit bis zum Jahr 2020. **Am 22. Januar** will die Kommission ihre **Pläne für die Zeit danach vorstellen**. Entschieden ist noch nichts, allerdings stehen Klimakommissarin Connie Hedegaard und Umweltkommissar Janez Potocnik in ihrem Werben für eine neue Pflicht zum Ökoenergie-Ausbau allein auf weiter Flur. Auch der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger unterstützt sie dem Vernehmen nach nicht. (dpa)